Die Grünen | Europäische Freie Allianz
im Europäischen Parlament

Eine nachhaltige Wirtschafts- und Währungsunion Zusammenfassung des Strategiepapiers der Fraktion der Grünen/EFA

Weshalb ist eine grundlegende Reform des Euro-Währungsgebietes erforderlich?

Wenn wir Europäer, die 7 % der Weltbevölkerung ausmachen, die demokratische Gewalt über unsere Demokratien, d. h. die Fähigkeit, unsere Zukunft zu gestalten und die Herausforderungen dieses Jahrhunderts zu bewältigen, zurückerlangen und unsere Lebensbedingungen verbessern möchten, müssen wir gemeinsam handeln. Daher möchten wir nicht untätig beim absehbaren Auseinanderbrechen des Euro-Währungsgebietes zusehen. Dies wird der Fall sein, wenn wir seine grundsätzlichen Probleme nicht bewältigen. Ein solches Auseinanderbrechen wäre unserer Ansicht nach der erste Schritt hin zu einem politischen Auseinanderbrechen der Europäischen Union. Gleichwohl sollte eine größere politische Integration des Euro-Währungsgebietes ebenso wenig dazu führen, dass ein Europa der zwei Geschwindigkeiten entsteht. Das System der gemeinsamen wirtschaftspolitischen Steuerung im Euro-Währungsgebiet muss demokratischer gestaltet und reformiert werden. Dies sollte jedoch nicht zur Folge haben, dass andere EU-Mitgliedstaaten ausgeschlossen werden. Ebenso sollten die Mitgliedstaaten, die nicht dem Euro-Währungsgebiet angehören, bei dringend erforderlichen Reformen des Euro-Währungsgebietes kein Vetorecht haben. Eine weitergehende europäische Integration ist nur auf der Grundlage eines gemeinsamen Projekts für die Zukunft Europas möglich, das auf einer verstärkten Gemeinschaftsmethode beruht, mit der der rein zwischenstaatlichen Zusammenarbeit und vereinfachten Vorgehensweisen ohne eindeutige Zielsetzung, die sich häufig in der Einrichtung neuer technischer Gremien äußern, ein Ende bereitet wird.
Zusammenfassend bestehen die folgenden erheblichen Unzulänglichkeiten, die sich gegenseitig verstärken und die allgemeine Instabilität des Euro-Währungsgebietes verschärfen:

- **Ein erheblicher Schuldenüberhang**. Die WWU hat einen erheblichen Schuldenüberhang zu bewältigen, der Ergebnis eines ein Viertjahrhundert währenden schulden- bzw. kreditgetriebenen Wachstums ist, das in erster Linie den kurzfristigen Konsum, übermäßige Spekulation und unproduktive Investitionen angeheizt hat. Dies hatte die Anhäufung von großen systemimmanenten Risiken zur Folge.
- **Ein Mangel an angemessenen privaten und gemeinschaftlichen Mechanismen**, um wirtschaftliche Schocks zu meistern. Kommen keine konventionellen Möglichkeiten, zum Beispiel die Abwertung der Währung, infrage, um Wirtschaftskrisen zu bewältigen, sind andere Anpassungsmechanismen erforderlich. Es sollten innovative (sowohl staatliche als auch private) Mechanismen für eine Risikoteilung geschaffen werden, um eine wirtschaftliche Erholung zu ermöglichen und im Falle einer Krise unnötige Kosten für die Gesellschaft insgesamt und ihre schwächsten Mitglieder zu verhindern.
- **Untragbare binnenwirtschaftliche und außenwirtschaftliche Ungleichgewichte.** Die WWU ist mit untragbaren makroökonomischen Ungleichgewichten konfrontiert, da die Anpassungslasten weitgehend auf den peripheren Mitgliedstaaten lasten, die Sparmaßnahmen (in den Haushaltsplänen und bei den Gehältern) umsetzen müssen, was die allgemeinen Bemühungen um einen Schuldenabbau erschwert. Eine derart perspektivlose Politik verschärft soziale Not, Armut und Ausgrenzung.
- **Ein nicht nachhaltiges Wirtschaftsmodell.** Die Wirtschaft der EU und der Mitgliedstaaten beruht auf einem nicht widerstandsfähigen und nicht nachhaltigen Wirtschaftsmodell, mit dem es unmöglich sein wird, die Klimakrise in wirtschaftlicher

- Hinsicht zu bewältigen. Es muss zu einer Produktions- und Konsumwirtschaft übergegangen werden, die intelligenter mit ihren Ressourcen umgeht und die sich auf Energie aus sauberen und erneuerbaren Quellen stützt.
- **Ein demokratisches Defizit bei der Regierungsführung**. Dieser Mangel untergräbt die Legitimität der WWU und bedroht letztlich auch ihre Existenz. Es ist höchste Zeit dieses Problem durch eine Stärkung von demokratischer Kontrolle und Rechenschaftspflicht anzugehen.

Vor diesem Hintergrund ist eine grundlegende Umgestaltung der WWU erforderlich, um sie sowohl widerstandsfähig als zweckdienlich zu machen. Ohne eine umfassende finanzielle Solidarität kann es keine Währungsunion geben, aber ohne eine erneuerte Verpflichtung der Mitgliedstaaten der WWU zu gemeinsam verabschiedeten Regeln (insbesondere im Hinblick auf die Haushaltsdisziplin), mit denen das Risiko von Fehlanreizen („Moral Hazard“) wirksam bekämpft wird, wird es keine Solidarität geben.

Welche Reformen sind erforderlich, damit das Euro-Währungsgebiet nachhaltig wird?

Diese unterschiedlichen Herausforderungen müssen mit einem umfassenden Reformpaket angegangen werden. Der Fahrplan für die Umsetzung der Reformen beschränkt sich jedoch nicht auf die Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebietes; vielmehr können sich alle Mitgliedstaaten anschließen, damit nicht nur das Euro-Währungsgebiet, sondern die gesamte Europäische Union gestärkt wird.
Einige der Reformen müssen sofort erfolgen, andere von größerem Ausmaß erfordern mehr Zeit; dies trifft vor allem auf Reformen zu, für die eine Änderung der Verträge der EU erforderlich ist.

Schuldentragfähigkeit und eine glaubwürdige Wirtschafts- und Fiskalunion

Einige Schritte müssen sofort unternommen werden, um die nicht tragbare Verschuldung zu bewältigen; insbesondere **müssen eine EU-weite Konferenz über Schulden einberufen** und **die Schulden Griechenlands unverzüglich werden**.

Zu den mit dem „Sechserpaket“ beschlossenen Haushaltsregeln und -verfahren gehören prozyklisch wirkende Vorschriften betreffend Schulden und Defizite, die nur schwer zu verwirklichen sind, ohne eine wirtschaftliche und soziale Erholung zu erschweren.

Diese unflexiblen Regeln müssen vereinfacht und durch geeignetere Ziele **ersetzt werden**, mit denen den Staaten Handlungsspielraum eingeräumt wird, um nachhaltige Investitionen zu tätigen. Diese Investitionen müssen einer vorherigen politischen Vereinbarung unterliegen, damit verhindert wird, dass die Mitgliedstaaten die Aufweichung der Bestimmungen missbrauchen.

Ein Binnenmarkt und eine Wirtschafts- und Währungsunion erfordern einen **verstärkten gemeinsamen Ansatz hinsichtlich der Unternehmensbesteuerung**. Die Bemühungen in diese Richtung müssen intensiviert werden, um eine gemeinsame konsolidierte Bemessungsgrundlage für die Körperschaftsteuer und einen Mindeststeuersatz zu verwirklichen sowie gemeinsame Regeln für sämtliche Aspekte der Unternehmensbesteuerung, insbesondere hinsichtlich der Transparenz, festzulegen. Des Weiteren muss endlich eine Finanztransaktionssteuer (FTT) eingeführt werden.

Letztlich erfordert ein echtes Euro-Währungsgebiet, dass eine wirkliche Wirtschafts- und Fiskalunion geschaffen wird. Zu diesem Zweck muss unverzüglich die Arbeit an einem Fahrplan für die allmähliche Vergemeinschaftung von Staatsschulden der Länder des Euro-Währungsgebietes aufgenommen werden, wobei mit einem Mechanismus für die Vergemeinschaftung von Zinsen begonnen werden sollte (bei dem der Nutzen der Mitgliedstaaten, die geringe Zinsen auf ihre Staatsschulden zahlen, mit anderen geteilt würde, die ansonsten höhere Zinsen zahlen müssten, durch die die Schuldenlast zusätzlich erhöht würde). Des Weiteren muss ein Fahrplan für die Schaffung von sogenannten **automatischen**

Stabilisatoren festgelegt werden, um Erschütterungen abzuschwächen, die die Bemühungen um Nachhaltigkeit schwächen würden.

Als Begleitmaßnahmen muss **die Europäische Zentralbank** für die Mitgliedstaaten zu **einem Kreditgeber letzter Instanz** und der Europäische Stabilitätsmechanismus in **einen Europäischen Währungsfonds** umgewandelt werden. Diese langfristigen Ziele erfordern eine Änderung der Verträge, aber die Arbeit in diese Richtung muss unverzüglich aufgenommen werden.

Wirtschaftspolitische Steuerung des Euro-Währungsgebiets und eine funktionierende Wirtschafts- und Währungsunion

Im Rahmen des Systems der wirtschaftspolitischen Steuerung des Euro-Währungsgebiets sollten die haushaltspolitischen und strukturellen Aussichten in der WWU insgesamt und nicht nur in den einzelnen Mitgliedstaaten bewertet werden. Dadurch würde deutlich, dass ein kooperativer Ansatz verfolgt werden muss, im Rahmen dessen Staaten mit einem geringeren Defizit, geringen Tragfähigkeitsrisiken und Überschüssen der laufenden Rechnung ihre Binnennachfrage erhöhen sollten, um den allgemeinen Kurs in der WWU zu stützen.
Gleichzeitig sollte man sich **von der derzeitigen Konzentration auf die externe Wettbewerbsfähigkeit und die Haushaltsdisziplin abkehren und das System stattdessen antizyklisch ausrichten sowie breiter und ausgewogener anlegen.** Die Kommission sollte in das Scoreboard im Rahmen des Verfahrens bei einem makroökonomischen Ungleichgewicht umfassendere Indikatoren aufnehmen. Hierbei sollten soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit berücksichtigt werden (zum Beispiel das Nettoeinkommen, Armut, Jugendarbeitslosigkeit, Kapitalstückkosten sowie Ressourceneffizienz und Innovationen), damit verhindert wird, dass sich der empfohlene Policy-Mix ausschließlich auf die externe Wettbewerbsfähigkeit durch den Rückgang des Lohnniveaus und Sozialdumping konzentriert, durch die der Wettbewerb unter Arbeitnehmern sowie zwischen Arbeitnehmern und Arbeitslosen verstärkt wird.

Die Bankenunion muss vollendet werden. Es ist dafür zu sorgen, dass der Bankensektor im Euro-Währungsgebiet und der gesamten EU sicher und verlässlich ist, und insolvenzgefährdete Banken müssen abgewickelt werden, wobei sicherzustellen ist, dass dies nicht zulasten des Steuerzahlers geht und es möglichst geringe Auswirkungen auf die Realwirtschaft hat. Dies setzt voraus, dass ein **europäisches Einlagenversicherungssystem** geschaffen wird, mit dem Moral Hazards und versteckte Zuschüsse zwischen unterschiedlichen Bankmodellen im Euro-Währungsgebiet verhindert werden. Es sollte eine strukturelle Reform des Bankensektors der EU durchgeführt werden, durch die das **Privatkundengeschäft** (das für das Funktionieren der Realwirtschaft erforderlich ist) in rechtlicher, organisatorischer und operativer Hinsicht uneingeschränkt **von den** weiteren Finanztätigkeiten und risikoreicheren Geschäften **getrennt wird**. Für diesen geänderten Bankensektor muss eine **gemeinsame finanzielle Letztsicherung eingeführt** werden, damit die weitreichenderen sozialen, finanziellen und wirtschaftlichen Auswirkungen von Bankenausfällen begrenzt werden. Des Weiteren ist eine **umfassendere Aufsicht über den Sektor** erforderlich, und zwar **über eine Aufsichtsbehörde, die im Interesse der Verhinderung von Interessenkonflikten strikt von der EZB getrennt ist**. Der Europäische Ausschuss für Systemrisiken sollte wirkliche Befugnisse erhalten, um Kreditblasen und allgemeinere Systemrisiken zu erkennen und gegen sie vorzugehen.

Ergänzend sollte die Dämpfung privatwirtschaftlicher Schocks verbessert werden, indem das Potenzial der **Kapitalmarktunion** als alternative Finanzierungsquelle ausgeschöpft wird; die Kapitalmarktunion wird Investitionen unterstützen und dafür sorgen, dass das Finanzsystem stabiler wird, da durch sie ein breiteres Spektrum von Finanzierungsquellen zur Verfügung steht.

Übergang zu einem belastbareren und nachhaltigeren Wirtschaftsmodell

Ein Übergang zu einem Wirtschaftsmodell, das auf einem ressourcenschonenderen Produktions- und Konsumverhalten beruht und auf saubere und erneuerbare Energieträger

setzt, ist – insbesondere nach dem Übereinkommen von Paris, in dem eine Begrenzung des weltweiten Temperaturanstiegs auf unter 1,5 Grad vereinbart wurde – dringend erforderlich. Die finanziellen und legislativen Prioritäten sollten überarbeitet werden, um diesem Übergang Rechnung zu tragen, und es sollte in enger Zusammenarbeit mit der EZB ein ambitionierterer Plan für umweltverträgliche Investitionen auf der Grundlage eines erweiterten Europäischen Fonds für strategische Investitionen erarbeitet werden.

Die Verwendung von EU-Haushaltsmitteln muss dahingehend verbessert werden, dass sie den Übergang zu einem nachhaltigeren und belastbareren Wirtschaftsmodell fördert. Das bedeutet auch, dass der EU-Haushalt neu ausgerichtet werden muss, damit sein Potenzial zur Senkung der Ungleichheit und des Verbrauchs der weltweiten natürlichen Ressourcen voll ausgeschöpft werden kann. Daher schlagen wir die Schaffung einer Einrichtung vor, die die für die Senkung der CO^2-Emissionen unserer Wirtschaft und den schrittweisen Abbau systemischer Risiken erforderlichen Investitionen fördert, lenkt und koordiniert. Das bedeutet auch, dass der Haushalt aufgestockt, ausschließlich durch Eigenmittel finanziert werden muss und nicht dem rituellen Kuhhandel zwischen einzelstaatlichen Finanzministerien zum Opfer fallen darf. **Wir wollen im EU-Haushalt einen Fonds für die Zukunft schaffen,** der durch ein europäisches Steuerabkommen finanziert wird. Ein festgelegter Anteil der zusätzlichen durch ein europäisches Steuerabkommen erbrachten Einnahmen könnte von den EU-Mitgliedstaaten im Rahmen der vertieften Zusammenarbeit in den EU-Haushalt eingezahlt werden und könnte auf zielgerichtete Weise für die Förderung öffentlicher Investitionen über die bisherige Kohäsionspolitik hinaus genutzt werden. Das Ziel des Fonds wäre es, künftig öffentliche Investitionen in verschiedenen Regionen der EU in die Wege zu leiten und den Großteil der unterentwickelten Gebiete durch strukturpolitische Unterstützungsmaßnahmen mit der EU zu verbinden.
Die EU-Maßnahmen zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit müssen wichtiger genommen werden. Wir müssen ein Sozialschutzsystem schaffen, um Energiearmut und Unterernährung zu bekämpfen. Darüber hinaus müssen wir **EU-weit verbindliche soziale Mindeststandards** einführen. Wir brauchen **höher gesteckte Ziele im Bereich Öko- und Ressourceneffizienz**, und wir müssen sichergehen, dass diese Ziele im Rahmen eines WWU-Paktes für Nachhaltigkeit und Wohlstand tatsächlich verbindlich sind.

Ein demokratisches Fundament für das Euro-Währungsgebiet schaffen

Das Problem der mangelnden demokratischen Legitimität des Euro-Währungsgebiets muss unverzüglich behoben werden. **Die demokratische Rechenschaftspflicht des Euro-Währungsgebiets muss gestärkt werden, indem das Europäische Parlament mehr Gewicht in der EU-Wirtschaftspolitik** bekommt. Das bedeutet auch, dass die Gemeinschaftsmethode stärker zur Anwendung kommen muss. Damit die einzelstaatlichen Parlamente ebenfalls stärker einbezogen werden, ist die Schaffung einer gestärkten interparlamentarischen Konferenz erforderlich. **Dasselbe gilt für die Europäische Zentralbank**, deren Status reformiert werden müsste und für die eindeutigere Vorgaben gelten müssten, damit die demokratische Rechenschaftspflicht gewahrt wird. Der entscheidende Grundsatz, dass es keine Besteuerung oder Gewährung von öffentlichen Finanzhilfen ohne gewählte politische Vertretung geben sollte, sollte in solch einem Mandat verankert werden; daher soll ein ständiger Kontrollmechanismus eingerichtet werden, der bewirkt, dass die Finanz- und die Geldpolitik strikt voneinander getrennt sind.

Das Euro-Währungsgebiet benötigt einen klaren EU-Rechtsrahmen, damit für wirkliche demokratische Legitimität gesorgt ist. Das Europäische Parlament sollte in entscheidende Phasen der jährlichen wirtschaftspolitischen Koordinierung (das Europäische Semester) einbezogen werden. Der **für den Euro zuständige Vizepräsident der Kommission sollte zusätzlich den Vorsitz der Euro-Gruppe führen** und über umfassende Befugnisse im Bereich der Wirtschafts- und Währungsunion verfügen. Im Gegenzug wäre das Parlament an seiner Ernennung beteiligt und hätte das Recht, ihn seines Amtes zu entheben. **Das Europäische Parlament sollte außerdem einen Sonderausschuss für den Euro betreffende Angelegenheiten haben.** Da hierfür letztlich Änderungen des Vertrags über die Europäische Union notwendig sind, muss auch ein Vertragsänderungsverfahren so schnell wie möglich eingeleitet werden.

*Das gesamte Strategiepapier ist verfügbar unter: http://www.greens-efa.eu/fileadmin/dam/Documents/Policy_papers/Eurozone_paper_3_February_2016.pdf

Die folgende Tabelle gibt einen in drei Planungshorizonte gegliederten Überblick über unsere Vorschläge.

	Bewältigung der sozio-ökonomischen Defizite der WWU	Bewältigung der Defizite bei der demokratischen Entwicklung der WWU
Planungshorizont 1: In den nächsten 24 Monaten zu treffende Maßnahmen – Beginn der notwendigen richtungsweisenden Reformen	• ***Bewältigung des Mangels an angemessenen Mechanismen für die gegenseitige Unterstützung bei wirtschaftlichen Schocks*** o *Aufbau eines Systems zur Vergemeinschaftung der Zinsen im Euro-Währungsgebiet* • ***Abbau des Schuldenüberhangs und des nicht tragbaren innen- und außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts der WWU*** o *Beginn einer Schuldenkonferenz mit Griechenland als Schwerpunkt* o *Quantensprung für die Steuergerechtigkeit (FTS, GKKB, Vermögensteuer)* o *Umfassende Überarbeitung des Rahmens des Europäischen Semesters: symmetrische Reform des Verfahrens bei einem makroökonomischen Ungleichgewicht und des Jahreswachstumsberichts sowie angemessener finanzpolitischer Kurs im Euro-Währungsgebiet* o *Mobilisierung des EU-Haushalts* o *Förderung der freiwilligen Arbeitskräftemobilität* • ***Überwindung des nicht belastbaren und nicht diversifizierten produktivistischen Modells*** o *Zukunftsgerichteter Plan für umweltverträgliche Investitionen, Teil I* o *Neuausrichtung des EZB-Programms der quantitativen Lockerung*	• ***Dem Fehlen einer wirklichen demokratischen Rechenschaftspflicht und Eigenverantwortung entgegenwirken*** o *Die Rolle des Europäischen Parlaments bei der wirtschaftspolitischen Steuerung stärken* o *Der für den Euro zuständige Vizepräsident der Kommission erhält als weitere Aufgabe den Vorsitz der Euro-Gruppe* o *Die Transparenz und Rechenschaftspflicht auf der Ebene der Mitgliedstaaten erhöhen* o *Die Rechenschaftspflicht der Europäischen Zentralbank erhöhen und ihre Rolle in der Troika überprüfen* o *Die Einbeziehung der Sozialpartner stärken* o *Die Stärkung der Institutionen durch Anwendung der Flexibilitätsklausel des Vertrags verbessern* o *Einen offenen Konvent initiieren, um die erforderlichen Vertragsänderungen vorzubereiten* o *Stärker gegen Korruption vorgehen*
Planungshorizont 2: Mittelfristig und über zwei Jahre hinaus zu treffende Maßnahmen – Schaffung der Voraussetzungen für eine nachhaltige WWU	• ***Bewältigung des Mangels an angemessenen Mechanismen für die gegenseitige Unterstützung bei wirtschaftlichen Schocks*** o *Fahrplan für die teilweise und schrittweise erfolgende Vergemeinschaftung der öffentlichen Schulden* o *Fahrplan für die Schaffung der automatischen Stabilisatoren gemäß Euro-Plus-Pakt* o *Vollendung der Bankenunion I: Schaffung eines europäischen Einlagenversicherungssystems* o *Fahrplan für eine Kapitalmarktunion, um Proportionalität zu fördern und Deregulierung zu vermeiden* • ***Abbau des Schuldenüberhangs und des nicht tragfähigen innen- und außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts der WWU*** o *Umfassende Überarbeitung des Rahmens für die wirtschaftspolitische Steuerung: mehr Verbindlichkeit von sozialen und umweltpolitischen Zielen und Gewährung einer qualifizierten Behandlung von Investitionen* • ***Überwindung des nicht belastbaren und nicht diversifizierten produktivistischen Modells*** o *Zukunftsgerichteter Plan für umweltverträgliche Investitionen, Teil II* o *Steigerung und Neuausrichtung des EU-Haushalts*	• ***Dem Fehlen einer wirklichen demokratischen Rechenschaftspflicht und Eigenverantwortung entgegenwirken*** o *Abschluss des offenen Konvents* o *Schaffung besonderer Mechanismen der Rechenschaftsflicht für Haushaltskapazität und automatische Stabilisatoren gemäß Euro-Plus-Pakt*
Planungshorizont 3: Bis 2020 zu ergreifende Maßnahmen – Reform des	• ***Bewältigung des Mangels an angemessenen Mechanismen für die gegenseitige Unterstützung bei wirtschaftlichen Schocks*** o *Schaffung einer EU-weiten Haushaltskapazität* o *Schaffung eines Kreditgebers letzter Instanz für die Mitgliedstaaten*	o ***Dem Fehlen wirklicher demokratischer Rechenschaftspflicht und Eigenverantwortung entgegenwirken*** o *Stärkung der Befugnisse des Parlaments und*

Vertrags, um die WWU auf soziale und ökologische Nachhaltigkeit auszurichten	o *Einführung der automatischen Stabilisatoren gemäß Euro-Plus-Pakt* o *Umwandlung des ESM in einen Europäischen Währungsfonds* o *Vollendung der Bankenunion II: Schaffung einer angemessenen gemeinsamen fiskalischen Letztsicherung* • ***Abbau des schwerwiegenden Schuldenüberhangs und des nicht tragfähigen innen- und außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts der WWU und Überwindung des nicht belastbaren und nicht diversifizierten produktivistischen Modells*** o *Schaffung eines WWU-Paktes für Nachhaltigkeit und Wohlstand*	*der Gemeinschaftsmethode* o *Umgestaltung der Euro-Gruppe, der Kommission und der EZB* o *Stärkung der Befugnisse des Parlaments und der Gemeinschaftsmethode*